

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2016

Inhalt

Nachrichten aus der COFACE	1
COFACE nimmt an EP-Anhörung teil	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
Kommission ermöglicht mehr Rechtssicherheit für internationale Paare.....	1
Soziale Säule – Kommission leitet Konsultation ein	1
EU stärkt Schulmilch- und -obstprogramm	1
EPSCO-Rat kann sich zu Gleichstellungsfragen nicht einigen	2
Kommission: EU soll Istanbul-Konvention beitreten	2
EP stärkt die Rechte von Kindern in Strafverfahren.....	2
EP schlägt Haushaltsprioritäten für 2017 vor	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Frankreich reformiert Kinderschutz	2
Weitere Nachrichten	3
Europarat: Flüchtlingskrise erfordert besseren Schutz von Kindern gegen Menschenhandel.....	3
Europarat verabschiedet neue Kinderrechtsstrategie	3
Europarat lehnt Antrag zu Leihmutterschaft ab	3
Zahlen zu Genderfragen – neue umfangreiche Datenportale von EIGE und OECD.....	3
Weltfrauentag am 8. März	3
Berichte und Studien.....	4
Gender Gap – Aktuelle Zahlen von eurostat und Weltwirtschaftsforum	4
OECD Policy Brief: Elternzeit – Wo sind die Väter?	4
OECD Working Paper über Zugang zu günstigem Wohnraum	4
One-Bericht 2016: Armut ist sexistisch	4
UNICEF Working Paper: Armut und Gesundheit im Kindes- und Jugendalter	5
EU-Peer Review zu Prävention und Frühintervention für armutsgefährdete Kinder	5
Neue Veröffentlichungen des familiesandsocieties-Forschungsverbundes.....	5
Bevorstehende Veranstaltungen.....	5

Nachrichten aus der COFACE

COFACE nimmt an EP-Anhörung teil

Die COFACE war am 22. März auf einem Podium vertreten, das im Rahmen einer gemeinsamen Anhörung der EP-Ausschüsse für Arbeit und Soziales sowie für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter stattfand. Unter dem Titel „Creating Labour Market Conditions Favourable for Work-Life Balance“ brachte die Paola Panzeri die Positionen der COFACE bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Kommission ermöglicht mehr Rechtssicherheit für internationale Paare

Im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit hat die EU-Kommission Richtlinien verabschiedet, die das Güterrecht für binationale Ehen und Partnerschaften betreffen. Sie erleichtern Verfahren, die im Falle der Scheidung oder des Todes eines Partners bisher kompliziert, langwierig und teuer sind. Die Richtlinien beziehen sich u. a. darauf, welche Gerichtsbarkeit zuständig und welches Recht anzuwenden ist, sowie auf die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen.

Die verstärkte Zusammenarbeit ist ein Instrument der Zusammenarbeit innerhalb der EU, mit dem eine Gruppe von Staaten gemeinsame Regelungen schaffen können, wenn sich nicht alle Mitgliedstaaten an ihnen beteiligen möchten. Die neuen Regelungen betreffen deshalb lediglich Schweden, Belgien, Griechenland, Kroatien, Slowenien, Spanien, Frankreich, Portugal, Italien, Malta, Luxemburg, Deutschland, die Tschechische Republik, die Niederlande, Österreich, Bulgarien und Finnland. Die übrigen Länder können sich der verstärkten Zusammenarbeit jederzeit anschließen.

- [Ausführliche Informationen auf den Seiten der Kommission](#)

Soziale Säule – Kommission leitet Konsultation ein

Am 8. März hat die EU-Kommission einen ersten konkreten Entwurf zur so genannten Europäischen Säule sozialer Rechte zur Diskussion gestellt. Sie soll die wesentlichen sozialen Rechte der Bürger sowie die Grundsätze gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme festlegen und so zur Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Währungsunion in Beschäftigungs- und Sozialfragen beitragen. In einer öffentlichen Konsultation haben nun die europäischen und nationalen Institutionen sowie die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft bis Ende 2016 Zeit, ihre Stellungnahmen abzugeben. Die Initiative zielt zwar auf den Euro-Raum ab, andere EU-Mitgliedstaaten können sich jedoch anschließen. Die Vorlage einer konsolidierten Fassung der europäischen Säule sozialer Rechte ist für Frühjahr 2017 geplant.

- [Zum Entwurf vom 8. März](#)  
- [Zur Konsultation](#)

EU stärkt Schulumilch- und -obstprogramm

Das Europäische Parlament hat einer Ratsinitiative zugestimmt, nach der die Schulumilch- und Schulobstprogramme stärker unterstützt und der Unterricht über gesunde Ernährungsgewohnheiten verbessert werden sollen. Die jährliche Finanzausstattung wird um 20 Mio. Euro auf 250 Mio. Euro erhöht.

EPSCO-Rat kann sich zu Gleichstellungsfragen nicht einigen

Die europäischen Arbeits- und Sozialminister konnten bei ihrem Ratstreffen am 7. März bei zwei eigentlich vorgesehenen Ratschlussfolgerungen zur Gleichstellung keine Einigung erzielen. Die beiden Dokumente sollten als Paket verabschiedet werden. Ungarn verweigerte der „Aktionsliste für die Gleichstellung von LSBTI“ jedoch die Zustimmung, sodass auch der Antrag „Strategisches Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter“ nicht beschlossen werden konnte.

Kommission: EU soll Istanbul-Konvention beitreten

Nach einem Vorschlag der EU-Kommission vom 4. März 2016 soll die Europäische Union der Istanbul-Konvention des Europarats beitreten. Die Vertragsparteien dieses internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt müssen Schutzmaßnahmen verbessern und die strafrechtliche Verfolgung der Straftäter gewährleisten. Die Konvention umfasst alle Formen physischer und psychischer Gewalt, darunter auch Stalking, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Zwangsabtreibung.

Für den Beitritt der EU bedarf es der Zustimmung von Rat und Kommission. Zwölf Mitgliedstaaten (Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien) haben die Konvention bereits ratifiziert.

EP stärkt die Rechte von Kindern in Strafverfahren

Das Europäische Parlament hat am 9. März neue Regelungen angenommen, die Kindern, die eines Verbrechens verdächtigt oder beschuldigt werden, ein faires Verfahren garantieren sollen. Die Richtlinie gewährleistet Rechtsbeistand für Personen unter 18 Jahren durch einen Anwalt sowie die Begleitung durch die Sorgeberechtigten (oder einen anderen geeigneten Erwachsenen) während des Verfahrens.

- [EP-Pressemitteilung vom 10. März 2016](#)

EP schlägt Haushaltsprioritäten für 2017 vor

Der EU-Haushalt 2017 solle sich zum einen weiter auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise konzentrieren, zum anderen darauf, den langsamen Wirtschaftsaufschwung durch mehr und bessere Investitionen zu beschleunigen. Dazu hat das Europäische Parlament am 9. März die Kommission aufgefordert. Die Abgeordneten heben in der Entschließung die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie die Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten EU hervor.

- [Pressemitteilung des Parlaments vom 9. März 2106](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich reformiert Kinderschutz

Nach langen Verhandlungen mit dem Senat hat die französische Nationalversammlung am 1. März eine Reform des Kinderschutzgesetzes von 2007 verabschiedet. Frankreich war in den vergangenen Jahren dafür kritisiert worden, Kinder nicht ausreichend vor Gewalt zu schützen. Im Mai 2015 hatte der Europarat Frankreich dafür gerügt, elterliche Gewalt in der Kindererziehung zu tolerieren.

Weitere Nachrichten

Europarat: Flüchtlingskrise erfordert besseren Schutz von Kindern gegen Menschenhandel

„Dringender denn je“ seien Kinder und Jugendliche vor Menschenhandel zu schützen, da durch die Flüchtlingsbewegungen die Zahl unbegleiteter Minderjähriger und von ihrer Familie getrennter Kinder in Europa stetig steige. Zu diesem Schluss kommt der aktuelle Bericht der Expertengruppe des Europarates gegen Menschenhandel (GRETA).

- [Meldung des Europarats \(deutsch\) mit Link zum Bericht \(englisch\)](#)

Europarat verabschiedet neue Kinderrechtsstrategie

Das Ministerkomitee des Europarats hat am 2. März eine neue Kinderrechtsstrategie für die kommenden fünf Jahre verabschiedet. Diese Leitlinie für die 47 Mitgliedstaaten des Europarates wurde von politischen Entscheidungsträgern und Experten aus den Mitgliedstaaten in einem partizipativen Prozess entwickelt, bei dem nicht nur die Auffassungen der Zivilgesellschaft, sondern auch der Kinder selbst berücksichtigt wurden. Sie enthält fünf Prioritäten:

- Gleiche Chancen für alle Kinder: Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
- Teilnahme aller Kinder an politischen Entscheidungsprozessen
- Ein gewaltfreies Leben für alle Kinder
- Kinderfreundliche Justiz
- Rechte des Kindes im digitalen Umfeld

- [Zur Kinderrechtsstrategie](#) 

Europarat lehnt Antrag zu Leihmutterschaft ab

Der Europarat kann sich vorerst nicht über eine gemeinsame Position zur Leihmutterschaft einigen. Ein umstrittener Berichtsentwurf, der sich für eine liberale Regelung einsetzte, wurde in einer nicht-öffentlichen Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses der Parlamentarischen Versammlung am 15. März 2016 mit einem Votum von 15 zu 16 abgelehnt.

Zahlen zu Genderfragen – neue umfangreiche Datenportale von EIGE und OECD

Das Europäische Institut für die Gleichstellung der Geschlechter (EIGE) stellt ein neues, umfangreiches Datenportal zu Geschlechterfragen zur Verfügung. Partner des Projektes sind u.a. Eurostat, das Generaldirektorat Justiz und Verbraucherschutz der EU-Kommission, Eurofound und die EU-Agentur für Grundrechte (FRA). Auch die OECD hat kürzlich ihr Gender Data Portal überarbeitet.

- [Zur EIGE Gender Statistics Database](#) 
- [Zum OECD Gender Data Portal](#) 

Weltfrauentag am 8. März

Den Weltfrauentag am 8. März haben zahlreiche Akteure zum Anlass genommen, auf die Situation von Frauen in der Gesellschaft aufmerksam zu machen und sich für eine bessere Gleichstellung der Geschlechter in den verschiedenen Lebensbereichen ausgesprochen. Mehrere EU-Kommissare und Kommissarinnen

unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, die betont, das Thema verdiene nicht nur am Weltfrauentag, sondern alltäglich verstärkte Aufmerksamkeit. Das EU-Parlament und verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure wiesen auf die besondere Situation von geflüchteten Frauen hin.

Berichte und Studien

Gender Gap – Aktuelle Zahlen von eurostat und Weltwirtschaftsforum

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März hat das Weltwirtschaftsforum den Global Gender Gap Report veröffentlicht, in dem für 145 Staaten die Verteilung von Chancen und Ressourcen auf die Geschlechter untersucht werden. Der Bericht gliedert sich in vier Bereiche: Wirtschaft, Bildung, Politik und Gesundheit. 2006 wurde der Vorgängerbericht veröffentlicht, sodass sich für 108 Staaten die Entwicklung der letzten zehn Jahre nachzeichnen lässt. Deutschland landet im allgemeinen Ranking auf Platz 11, schneidet insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Gleichberechtigung schwach ab.

Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern steht im Fokus der Daten. Dabei geht es sowohl um die Art der Arbeitsverträge als auch um den Umfang der Arbeitstätigkeit sowie den Verdienst. 16 Prozent beträgt danach der durchschnittliche Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern in der EU.

- [Ausführliche Informationen zum Global Gender Gap Report auf den Seiten des Weltwirtschaftsforums](#) 
- [Ausführliche Pressemitteilung von eurostat vom 7. März 2016](#) 

OECD Policy Brief: Elternzeit – Wo sind die Väter?

Die OECD hat in einem kurzen Dossier Informationen darüber zusammengestellt, welche Möglichkeiten es in den OECD-Ländern für Männer gibt, Elternzeit in Anspruch zu nehmen und wie diese Möglichkeiten genutzt werden. Der Schwerpunkt des Papiers liegt auf der Frage, welche politischen Maßnahmen eine höhere Beteiligung von Vätern fördern können.

- [Zum Policy Brief](#)  


OECD Working Paper über Zugang zu günstigem Wohnraum

Wie kann Politik Einfluss auf den Zugang zu gutem und günstigem Wohnraum für alle Bürger nehmen? Diese Frage untersucht ein aktuelles Arbeitspapier auf der Grundlage von OECD-Daten. Es liefert einen Überblick, welche Arten von Wohnungspolitik in welchen Ländern verbreitet sind.

- [Zum Arbeitspapier in der OECD Library](#) 

One-Bericht 2016: Armut ist sexistisch

Die Kampagnenorganisation One untersetzt in ihrem neuen Bericht die Titelthese „Armut ist sexistisch“ mit aktuellen Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Mädchen und Frauen weltweit. Eine Kurzfassung erlaubt einen Überblick über die wichtigsten Zahlen aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Chancengleichheit und Internetzugang.

- [Zur Kurzfassung](#) 
- [Zum Bericht](#)

UNICEF Working Paper: Armut und Gesundheit im Kindes- und Jugendalter

Ein aktuelles Arbeitspapier der UNICEF geht der Frage nach, welchen Einfluss ein frühes Erleben von Armut auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Prozess des Heranwachsens haben. Das Autorenteam stützt sich dabei auf einen umfangreichen Datensatz der WHO.

- [Zum Arbeitspapier auf den Seiten von UNICEF](#) 

EU-Peer Review zu Prävention und Frühintervention für armutsgefährdete Kinder

Im Februar fand in Dublin ein Peer Review zu den Möglichkeiten von Prävention und Frühintervention für armutsgefährdete Kinder statt. Irland ist an den Erfahrungen der ausgewählten Peer-Länder Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Griechenland, Litauen, die Niederlande, die Tschechische Republik und Zypern interessiert, da es plant, den Bereich der kinderorientierten Dienstleistungen um- und auszubauen. Die Kurzberichte des Peer-Review Verfahrens sind nun auf den Seiten der EU-Kommission verfügbar.

- [Zu den Dokumenten](#)

Neue Veröffentlichungen des familiesandsocieties-Forschungsverbundes

Auf den Internetseiten des europäischen Forschungsverbundes familiesandsocieties finden sich neue Veröffentlichungen zum Thema Familie:

Bastaits, Kim/Mortelmans, Dimitri (2016): Parenting as mediator between post-divorce family structure and children's well-being.

Takács, Judit/Szalma, Ivett/Bartus, Tamás (2016): Social attitudes toward adoption by same-sex couples in Europe

- [familiesandsocieties - Articles](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
13. Apr. 2016 Brüssel, Belgien	"Guiding the implementation of Personal and Household Service policies"	EFSI
19.-20. Apr. 2016 Amsterdam, Niederlande	International Conference on Sustainable Development Goals and Gender Equality: the role of family policies and exchange of good practices	COFACE
19.-21. Apr. 2016 Tallinn, Estland	Children Rights Coalitions Forum in Europe 2016	Children Rights Coalition
20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich	European Youth Event	Europaparlament
24. Mai Bern, Schweiz	Fachtagung „Änderungen in der Organisation der Arbeit: Flexibilisierung und Digitalisierung. Was hat es für Konsequenzen für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit?“	Pro Familia Schweiz

17.-19. Juni, Trient, Italien	63rd Annual International ICCFR Conference " <u>Strong Families – Strong Communities</u> "	ICCFR
5.-7. Juli 2016 Brüssel, Belgien	Konferenz " <u>Children's Rights Matter: Why Europe needs to invest in children</u> "	Eurochild
26. Jul. - 1. Aug. 2016 Caux, Schweiz	<u>CATS Conference – Local to Global: How Will We Influence Policy?</u>	CATS
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz " <u>Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families</u> "	FICE
13.-15. Sep. 2016 Edinburgh, Schottland	<u>"Unlocking the Potential of Short Breaks"</u> , 10th International Short Break Conference	ISBA
11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen	2016 ISSA Conference " <u>Early Childhood in Times of Rapid Change</u> "	ISSA

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).